

■ 1 Einleitung

Zwischen Skylla und Charybdis

Vor einem Jahr hieß es an dieser Stelle zusammenfassend: „Deutschlands Mittelstand erweist sich als Konjunkturlokomotive“. Bereits im Herbst zeigte unsere Befragung unter 5.000 mittelständischen Betrieben erste Risse bei der Konjunkturbewertung. Das Frühjahrsgutachten 2001 schließlich resümiert, was Wirtschaftsverbände, einzelne Forschungsinstitute und das Statistische Bundesamt bereits im Vorjahr kommen sahen: Die Wachstumsprognosen für 2001 müssen nach unten korrigiert werden. Auch wenn nicht klar ist, welche Dezimalzahl hinter der Zwei vor dem Komma schließlich erscheint, so sind doch die weltweiten ökonomischen Abkühlungen nicht mehr zu leugnen.

Die Konjunktur in Deutschland war (und ist) exportgetragen. Der günstige Euro, ein bis zum Herbst anhaltendes markantes Wachstum in den USA und schließlich die Euphorie um eine von Börse und Internetideen gespeiste New Economy in ihrer globalen Vernetzung haben einen Dämpfer erlitten. Goethes Motto zu „Dichtung und Wahrheit“ wäre hier zu zitieren: „Es ist dafür gesorgt, dass die Bäume nicht in den Himmel wachsen“. Doch trifft dies den Mittelstand? Große weltweit agierende Industrieunternehmen gehören dem Mittelstand nicht an. Der mittelständische Betrieb agiert eher regional und gehört ebenfalls eher dem tertiären Sektor an. Dienstleistungsunternehmen aber erwiesen sich bisher – selbst im unternehmensnahen Bereich – als resistenter gegenüber konjunkturellen Ausschlägen als die Industrie. Vielleicht haben Bau und Einzelhandel ja das Ende der Talsohle erreicht und können der Gesamtwirtschaft binnenländische Impulse geben.

Nicht nur die konjunkturelle Klippe fürchtet der Mittelstand: Die mit dem Kürzel „Basel II“ neu geregelten Vorschriften zur Eigenkapitalausstattung der Banken werfen ihre Schatten voraus. Bankinstitute werden in Zukunft ihre Konditionen verstärkt der Bonität ihrer Kreditnehmer anpassen müssen. Diese Differenzierung der Margen wird für Betriebe, gerade im Mit-

Korrekturen sind nötig

telstand, deren Rating dürftiger ausfällt, zu Problemen führen. Auf der anderen Seite steht der freie Kapitalmarkt, der aber wird für kleine und mittlere Betriebe auf absehbare Zeit nicht die Finanzierungsengpässe, die sich in Zukunft ergeben werden, kompensieren können. Abgesehen davon wird die Börse eher noch strengere Maßstäbe anlegen. Die Industriekreditbank bringt es auf den Punkt: „Es zeichnen sich gravierende Veränderungen ab, die in der betrieblichen Finanzierung ihren Niederschlag finden werden.“

Traditionell wird in der Mittelstandsanalyse der Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung den Finanzierungsfragen besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Zusammen mit den Darstellungen zur aktuellen Konjunktur und den Erwartungen an die Zukunft bilden sie das Szenario, in dem sich die weitere Entwicklung mittelständischer Unternehmen in Deutschland bewegt.

■ 2 Die aktuelle konjunkturelle Situation des Mittelstandes

2.1 Auftragslage

Die Bewertungen der Auftragslage haben sich unter Deutschlands Mittelständlern gegenüber dem Vorjahr verschlechtert. So weist der Anteil sehr guter und guter Noten einen Rückgang von 38,0 auf 35,0 Prozent auf – und schwache Noten zwischen mangelhaft und ungenügend werden im Frühjahr 2001 von 16,7 Prozent der befragten Betriebe verteilt (Vorjahr: 12,4 Prozent). Immerhin sind die deutlichen Verbesserungen, die im Jahr 2000 erreicht worden waren, nicht ganz „kassiert“ worden. 1999 sprachen nur 27,2 Prozent der Befragten von einer sehr guten und guten Auftragslage; 17,2 Prozent der Betriebe nannten ihre Ordersituation schlecht.

Tab. 1: Auftragslage im Mittelstand

■	sehr gut – gut	35,0 (38,0)
	befriedigend – ausreichend	47,3 (48,7)
	mangelhaft – ungenügend	16,7 (12,4)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Sorgenvoll stimmt – noch in stärkerem Maße als im Vorjahr – die Bewertung der Auftragslage in den neuen Bundesländern. Der Vergleich der Salden in der Bewertung der Order in den westlichen und östlichen Landesteilen weist für Westdeutschland einen positiven Saldo von 27,5 Prozent aus, für Ostdeutschland einen negativen von minus 6,5 Prozent.

Tab. 2: Auftragslage im Mittelstand (Vergleich: West / Ost)

■	West	Ost
sehr gut – gut	39,0 (41,4)	24,5 (28,9)
befriedigend – ausreichend	48,4 (49,7)	44,4 (46,0)
mangelhaft – ungenügend	11,5 (7,8)	30,5 (24,8)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Verantwortlich für die noch einmal verschlechterte Situation in den neuen Ländern ist das Baugewerbe. Mit 40,5 Prozent der Befragten, die die Auftragslage negativ beurteilen, liegt man um rund 10 Prozentpunkte über dem Branchendurchschnitt schlechter Bewertungen im Osten. Dabei liegen wir mit diesem Wert noch günstiger als das Stimmungsbarometer des Instituts für Wirtschaftsforschung, Halle (IWH): Der Indikator sank auf einen Tiefstand von minus 50 Punkten (1995 = 100) – drei Viertel der befragten Bauunternehmen äußerten sich negativ zur aktuellen Lage. Auch in Gesamtdeutschland weist das Baugewerbe unter dem Strich als einzige Branche einen negativen Saldo aus. Positiv entwickelten sich bei der Bewertung der Auftragslage gegenüber dem Vorjahr das Verarbeitende Gewerbe (gute Bewertungen: 44,8 Prozent; 2000: 42,7 Prozent) sowie vor allem der Handel mit einem Zugang guter Noten von 24,8 Prozent 2000 auf 33,6 Prozent in diesem Jahr. Zurückhaltender gibt man sich unter den Dienstleistern: Um 10,4 Prozentpunkte ist der Anteil guter Bewertungen zurückgegangen – die negativen

Bau: Stimmung im Keller

Voten haben von 6,1 auf 9,8 Prozent binnen Jahresfrist zugelegt. Dennoch sollte dieser Rückgang nicht überbewertet werden; nach dem Verarbeitenden Gewerbe kann der Dienstleistungssektor immer noch auf den stärksten positiven Saldo verweisen (26,7 Prozent; Verarbeitendes Gewerbe: 30,6 Prozent).

Tab. 3: Auftragslage in den Hauptwirtschaftsbereichen

■	sehr gut und gut	befriedigend bis ausreichend	mangelhaft bis ungenügend
Verarb. Gewerbe	44,8 (42,7)	40,2 (47,6)	14,2 (8,8)
Bau	22,4 (35,1)	47,9 (45,0)	28,6 (20,0)
Handel	33,6 (24,8)	50,5 (56,3)	15,3 (17,1)
Dienstleistungen	36,5 (46,9)	52,3 (46,2)	9,8 (6,1)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Noch keine Impulse vom Verbraucher

Auf der anderen Seite ist die Verbesserung im Handel nicht überzubewerten. Träger der positiven Aussagen im Handel sind die mittelständischen Groß- und Außenhandelsbetriebe. Gegenüber dem Einzelhandel (27,1 Prozent) sprechen sie zu 36,5 Prozent von einer sehr guten bis guten Auftragslage. Zu 14,0 Prozent geben sie ein negatives Urteil ab – im Einzelhandel sind es 18,1 Prozent.

Verarbeitendes Gewerbe und Großhandel zeigen gleichermaßen, dass die nach wie vor positive Situation bei den Auftragseingängen auch im Mittelstand vom Export herrührt. Eine Unterscheidung der Auftragseingänge des Wirtschaftsministeriums im Hinblick auf Ausland oder Inland weist für die letzten drei Monate des Vorjahres zum Jahresende einen Indexwert von fast 135 (1995 = 100) bei Ordnern aus dem Ausland aus. Inlandsorder kommen bis zu einem Indexwert von knapp 115.

2.2 Umsatzentwicklung

Umsätze stellen sicher mehr dar als die simple Rechnung „Aufträge mal Preise“. Dennoch gilt vor der Kommentierung der aktuellen Umsatzsituation ein Blick der Preisentwicklung.

Auch wenn die Europäische Zentralbank sich in ihrer letzten Runde nicht zu einer Zinssenkung durchringen konnte – „die 1999 einsetzenden Preisaufriebenden haben sich im Jahre 2000 verstärkt“ (Statistisches Bundesamt). Dabei sind es weniger die privaten Lebenshaltungskosten als die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte und die Großhandelsverkaufspreise, die um 3,4 bzw. 5,5 Prozent bis zum Ende des Vorjahres zulegen.

Preisaufrieb bleibt

Entsprechend haben auch Deutschlands Mittelständler ihre Angebotspreise erhöht. Waren es im Vorjahr 16,7 Prozent, die höhere Preise am Markt notierten, so sind es im Frühjahr 2001 18,7 Prozent. Nur das Baugewerbe tritt mit einem geringeren Anteil von Betrieben auf, die höhere Angebotspreise verlangen (2001: 7,0 Prozent; 2000: 8,2 Prozent).

Tab. 4: Gestiegene Angebotspreise im Mittelstand

■	Verarbeitendes Gewerbe	21,5 (18,0)
	Bau	7,0 (8,2)
	Handel	26,6 (24,0)
	Dienstleistungen	18,1 (15,5)
	Gesamt	18,7 (16,7)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Trotz der Preiserhöhungen ergeben sich keine Umsatzsteigerungen. Die Zahl der Betriebe, die eine positive Umsatzentwicklung im letzten halben Jahr verzeichnen, ist (leicht) von 27,6 (2000) auf 27,2 Prozent (2001) zurückgegangen. Deutlicher fällt die Zunahme bei der negativen Umsatzentwicklung aus: Hier hat der Anteil von 29,7 (2000) auf 35,7 Prozent (2001) zugelegt.

Tab. 5: Umsatzentwicklung im Mittelstand

■	gestiegen	27,2 (27,6)
	stabil	36,8 (41,8)
	gesunken	35,7 (29,7)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Die Kleinen stagnieren eher

Diese Entwicklung findet eine gewisse Analogie in der Februarbefragung des DIHT, bei der die positiven Bewertungen der Geschäftslage zwar von 30 auf 31 Prozent zunahm, auf der anderen Seite die negativen Urteile ebenfalls von 17 auf 18 Prozent leicht anstiegen. Hier lässt sich auch die einführend gestellte Frage nach der unterschiedlichen Entwicklung kleiner und großer Betriebe festmachen: Während Großunternehmer zu 41 Prozent ein positives Votum zur Geschäftslage aussprechen, sind es bei den Kleinbetrieben nur 26 Prozent. Nur neun Prozent der Konzerne, aber 23 Prozent der kleinen und mittelständischen Betriebe sprechen von einer schlechten Geschäftslage.

Verarbeitendes Gewerbe stark im Osten

Es bleibt bei markanten Unterschieden in der Umsatzentwicklung in Ost- und Westdeutschland. Überraschend ist die Veränderung im Vergleich zum Vorjahr: Während man in den neuen Ländern im Mittelstand von 14,8 Prozent auf 19,4 Prozent bei der positiven Umsatzentwicklung zulegen konnte, ist in den alten Ländern diese Zahl von 32,3 auf 30,1 Prozent geschmolzen. Ausschlaggebend für diese Entwicklung ist das Verarbeitende Gewerbe in den neuen Ländern: Hier verweisen 33,4 Prozent der Mittelständler auf gestiegene Umsätze. Tatsächlich stieg die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland im Jahr 2000 um 11,9 Prozent – gegenüber 6,1 Prozent in Westdeutschland.

**Tab. 6: Umsatzentwicklung im Mittelstand
(Vergleich: West / Ost)**

■	West	Ost
gestiegen	30,1 (32,3)	19,4 (14,8)
stabil	39,0 (42,5)	31,0 (40,0)
gesunken	30,6 (24,2)	49,3 (44,9)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Wie bei der Ordersituation bereits vorgezeichnet, sind es vor allem das Verarbeitende Gewerbe (33,8 Prozent; 2000: 32,6 Prozent) und der Handel (29,1 Prozent; 2000: 25,4 Prozent), die das Feld positiver Umsatzentwicklung unter Branchengesichtspunkten anführen. Allerdings haben auch diese beiden Wirtschaftsbereiche einen höheren Anteil von Betrieben, die auf sinkende Umsätze verweisen (im Verarbeitenden Gewerbe sogar ein starker Zuwachs von 23,4 Prozent auf 31,8 Prozent). Der Bau ist bei den Umsätzen noch einmal abgerutscht: Mehr als die Hälfte der mittelständischen Betriebe (51,0 Prozent; Vorjahr: 42,4 Prozent) agieren unter einer nach unten verlaufenden Umsatzkurve.

Tab. 7: Umsatzentwicklung in den Hauptwirtschaftsbereichen

■	gestiegen	stabil	gesunken
Verarb. Gewerbe	33,8 (32,6)	34,3 (43,0)	31,8 (23,4)
Bau	8,6 (12,7)	40,1 (44,9)	51,0 (42,4)
Handel	29,1 (25,4)	36,0 (40,6)	34,0 (32,8)
Dienstleistungen	34,9 (36,0)	37,6 (38,8)	27,4 (24,0)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

2.3 Aktuelle Personalsituation

Einen Dämpfer erlitt der Arbeitsmarkt mit den letzten Zahlen aus Nürnberg. Die Euphorie, die im Vorjahr noch herrschte und getragen wurde vom Rückgang der Arbeitslosen einerseits als auch vom Zugang bei den Erwerbstätigen andererseits, ist wohl verflogen. Nach Aussage des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit bestehe zwar kein Grund die Entwicklung zu dramatisieren, dennoch habe sich die Verlangsamung der Konjunktur dem Arbeitsmarkt mitgeteilt.

Euphorie verflogen

Die Zahl mittelständischer Betriebe, die ihren Personalbestand aufgestockt haben, ist binnen Jahresfrist von 22,0 auf 20,9 Prozent gefallen. Deutlicher aber fällt die Situation bei den Verkleinerungen der Personaldecke aus: Waren es 2000 noch 23,5 Prozent der Betriebe, die mit weniger Personal auskamen, so sind es im Frühjahr 2001 27,7 Prozent.

Tab. 8: Personalbestand im Mittelstand

■	aufgestockt	20,9 (22,0)
	unverändert	50,6 (53,9)
	verkleinert	27,7 (23,5)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Während es dem Verarbeitenden Gewerbe und dem Handel gelungen ist, im letzten halben Jahr den Anteil der Arbeitsplätze zu erhöhen, mussten die Dienstleister und (natürlich) der Bau Federn lassen. Obwohl die Dienstleistungsbetriebe immer noch Träger guter Entwicklungen am Arbeitsmarkt sind, ist die Abschwächung bei der Personalsituation doch deutlich: Betrag der positive Saldo im Dienstleistungssektor im Vorjahr noch 15,3 Prozent, so liegt er im Frühjahr 2001 nur noch bei 3,8 Prozent.

Schwächere Impulse von Dienstleistern

Tab. 9: Personalbestand in den Hauptwirtschaftsbereichen

■	aufgestockt	unverändert	verkleinert
Verarb. Gewerbe	26,5 (25,0)	50,3 (52,9)	22,7 (21,4)
Bau	8,1 (12,4)	48,1 (47,7)	42,3 (39,5)
Handel	19,8 (18,2)	55,5 (60,2)	24,3 (21,2)
Dienstleistungen	27,3 (30,0)	48,4 (54,4)	23,5 (14,7)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Zur Entwicklung im Tertiärsektor – also im Handel und bei den Dienstleistern – bleibt allerdings anzumerken, dass hier atypische Beschäftigungen im Sinne von Teilzeit, Befristung oder Nebenjob eine deutlich stärkere Rolle spielen als im Verarbeitenden Gewerbe. So wurden in Nürnberg zum ersten Mal Statistiken zu den „630-Mark-Jobs“ veröffentlicht, die zeigen, dass die gut vier Millionen geringfügig Beschäftigten vor allem im Dienstleistungssektor tätig sind.

■ 3 Mittelstand: Erwartungen bis Herbst 2001

3.1 Erwartete Umsätze

Im Spätherbst 2000, als die ersten Statistiken mit geringeren Wachstumszahlen aufwarteten, begannen die Korrekturen an den Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung in 2001. Die Berichtigungen zu den Wachstumsprognosen aber beruhten eher auf den schlechten Nachrichten aus Übersee und ihren Auswirkungen auf den Export. Bei der Inlandsnachfrage – sowohl bei den Investitionen als auch auf Verbraucherseite – setzt man durchaus weiter auf Antriebskräfte.

Deutschlands Mittelstand hat seine Umsatzprognosen gegenüber dem Vorjahr zurückgenommen. Prognostizierte man im Frühjahr 2000 – parallel zu den (erfüllten) Hoffnungen auf ein BIP von rund drei Prozent – zu 45,0 Prozent Umsatzsteigerungen, so sind es in diesem Frühjahr nur noch 38,4 Prozent der Befragten. Zugelegt haben die Pessimisten: Von 13,1 Prozent im Frühjahr 2000 auf 21,7 Prozent in diesem Jahr.

Tab. 10: Umsatzerwartungen im Mittelstand

■	steigend	38,4 (45,0)
	stabil	38,9 (41,4)
	sinkend	21,7 (13,1)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Umsatzerwartungen gedämpft

Zurückgesteckt haben die Mittelständler in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen: In Westdeutschland setzen 41,5 Prozent der Befragten auf steigende Umsätze im nächsten halben Jahr (Vorjahr: 48,5 Prozent), in Ostdeutschland sind es 30,1 Prozent (Vorjahr: 35,2 Prozent). In Ostdeutschland ist es vor allem das Verarbeitende Gewerbe, das mit positiven Prognosen von 41,1 Prozent unter allen Wirtschaftsbereichen optimistisch denkt. Allerdings bleibt hier einschränkend festzuhalten, dass der Anteil an der gesamten Wertschöpfung in den neuen Bundesländer nur 17 Prozent beim Verarbeitenden Gewerbe beträgt. Damit kann dieser Wirtschaftsbereich die Scharte, die der Bau in den neuen Ländern aufgrund eines starken Pessimis-

mus (Umsatzrückgänge: 32,0 Prozent) schlägt, nicht ausgleichen.

Der Dienstleistungssektor weist die meiste Zuversicht im Hinblick auf seine Umsatzentwicklung aus. Auch wenn er gegenüber dem Vorjahr in seinen Bewertungen nachgelassen hat, bleibt er mit einem Saldo von 27,6 Prozent unter den Branchen führend.

Tab. 11: Umsatzerwartungen in den Hauptwirtschaftsbereichen

■	steigend	stabil	sinkend
Verarb. Gewerbe	42,7 (50,0)	35,8 (38,4)	21,0 (11,3)
Bau	23,2 (29,0)	45,1 (49,8)	30,6 (20,7)
Handel	41,8 (46,1)	38,1 (39,8)	19,1 (14,1)
Dienstleistungen	44,1 (51,0)	37,5 (39,7)	16,5 (8,0)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Einen negativen Saldo bei den Erwartungen weist der Bausektor auf, der im Vorjahr noch das rettende Ufer schwarzer Zahlen erreicht hatte. Um 7,4 Prozentpunkte überwiegen die Betriebe, die sinkende Umsätze erwarten, diejenigen, die noch Umsatzsteigerungen erhoffen. Tatsächlich ging der Umsatz des Bauhauptgewerbes in Westdeutschland im letzten Jahr um 2,4 Prozent zurück – in Ostdeutschland betrug der Einbruch sogar 12,2 Prozent.

Bau erwartet eher Umsatzrückgänge

„Merkliche Eintrübung der Erwartungen“: Die bereits genannte aktuelle Konjunkturumfrage des DIHT weist ebenfalls einen Rückgang bei den Erwartungen auf. Es bleibt zu hoffen, dass die Zinsrückgänge, die diskutiert werden und schließlich die Steuerentlastungen – vor allem für Verbraucher – dafür sorgen, dass auch im Mittelstand die Wachstumspfade nicht verlassen werden.

Dass die Angebotspreise – trotz des Preisdrucks – im Vergleich zum Vorjahr eher gesenkt werden und sich nur wenig Raum für Preiserhöhungen angesichts der verhalteneren Entwicklungen auf den Märkten ergibt, verwundert nicht.

Tab. 12: Voraussichtliche Entwicklung der Angebotspreise

■	steigend	29,5 (29,5)
	stabil	54,1 (58,1)
	sinkend	15,7 (11,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

3.2 Zukunft des Personalbestandes

Die Bilanz des Mittelstandes für den Arbeitsmarkt fiel im letzten halben Jahr eher flau aus: Der Saldo aus Zu- und Abgängen an Personal, der 2000 näher an einem Ausgleich war (Saldo: minus 1,5 Prozent), ist seit dem Herbst des Vorjahres wieder deutlicher in die roten Zahlen geraten (Saldo: minus 6,8 Prozent).

Was bringt die „Jobmaschine“ Mittelstand im Verlauf des nächsten halben Jahres? Zumindest bei seinen Intentionen bleibt es nach wie vor beim einem positiven Saldo. 18,1 Prozent der befragten Betriebe geben an, ihren Personalbestand vergrößern zu wollen – auf der negativen Seite stehen 15,2 Prozent der Mittelständler in Ost- und Westdeutschland. Im Vorjahr allerdings sprachen noch 20,5 Prozent der Unternehmen von einer Vergrößerung ihrer Personaldecke; 11,7 Prozent wollten sich von Personal trennen.

Saldo bleibt positiv

Tab. 13: Entwicklung des Personalbestandes

■	aufstocken	18,1 (20,5)
	unverändert	66,2 (67,0)
	verkleinern	15,2 (11,7)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Bei der Kluft zwischen Wollen und Können, wie sie in den unterschiedlichen Zahlen zu den tatsächlichen Änderungen am Personalbestand und den Prognosen zum Ausdruck kommen, zeigen sich wohl auch die strukturellen Probleme des Arbeitsmarktes in Deutschland. Gerade mittelständische Unternehmen bieten eine Vielzahl qualifizierter Stellenangebote – ob die entsprechenden Fachkräfte aber auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, ist eine andere Frage. Nach einer Untersuchung des Forsa-Instituts, die im

März veröffentlicht wurde, bieten 79 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen neue Stellen für qualifizierte Arbeitssuchende mit abgeschlossener Lehre. Bei Großbetrieben beträgt diese Quote nur 57 Prozent. Und selbst der Vorrang von Akademikern bei Konzernen von 35 Prozent zu 19 Prozent im Mittelstand erweist sich schnell als hinfällig, rechnet man die Entlassung entsprechend Hochqualifizierter in den Großbetrieben dagegen. Bei diesem Saldo hat der Mittelstand in den Jahren 2000 und 2001 190.000 Stellen für Akademiker geschaffen.

Wenig positiv dürften sich allerdings auf die Beschäftigungsimpulse des Mittelstandes auch die bereits verabschiedeten oder noch in der Debatte befindlichen Änderungen im Arbeits- und Sozialrecht auswirken. Dies betrifft einmal das Betriebsverfassungsgesetz, das in Zukunft auch größere mittelständische Betriebe zwingt, Mitarbeiter aus den betrieblichen Abläufen für betriebsrätliche Aufgaben freizustellen. Aber auch die für die unternehmerische Tätigkeit unproduktiven Wahlmöglichkeiten im Hinblick auf die Arbeitszeiten werden gerade bei kleineren Mittelständlern für Zurückhaltung sorgen.

Mittelstand will Arbeitsplätze schaffen

Die Dienstleister bleiben der Katalysator des Arbeitsmarktes, auch wenn die Zahlen nicht mehr so günstig ausfallen wie im Vorjahr (aufstocken 2001: 25,4 Prozent; 2000: 28,1 / verkleinern: 2001: 11,9 Prozent; 2000: 5,8 Prozent). Der einzige Wirtschaftsbereich, der im Saldo seiner guten und schlechten Vorsätze auf dem Niveau des Vorjahres bleibt, ist der Handel: Hier sprechen 17,5 Prozent der Befragten (2000: 17,3 Prozent) von Personalaufstockungen – dagegen stehen 13,8 Prozent (2000: 13,6 Prozent), die in Zukunft mit weniger Mitarbeitern auskommen wollen oder müssen. Auch hier scheint der mittelständische Handel erfolgreicher zu agieren als die großen Konzerne. So hatte sich die Tengelmann-Gruppe im Jahr 2000 noch von 5.000 Beschäftigten getrennt; Karstadt/Quelle wird in diesem Jahr den Personalbestand um 7.000 Mitarbeiter verkleinern.

Tab. 14: Entwicklung des Personalbestandes in den Hauptwirtschaftsbereichen

■	aufstocken	unverändert	verkleinern
Verarb. Gewerbe	17,2 (21,9)	67,7 (64,6)	14,3 (12,3)
Bau	12,2 (13,0)	65,4 (70,0)	21,6 (15,6)
Handel	17,5 (17,3)	68,4 (69,0)	13,8 (13,6)
Dienstleistungen	25,4 (28,1)	62,7 (65,7)	11,9 (5,8)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Die stärkste Nachfrage nach Arbeitskräften weisen die unternehmensnahen Dienstleister auf (33,9 Prozent Personalaufstockungen) – hier aber überwiegt eben auch die Nachfrage wohl am stärksten das Angebot. Aber auch der Verarbeitende Sektor im Bereich Elektrotechnik (23,3 Prozent) und der Einzelhandel mit kurzlebigen Konsumgütern (22,7 Prozent) möchte weitere Mitarbeiter in den Betrieb holen.

3.3 Ertragsentwicklung

Die Antworten der 5.000 befragten Mittelständler nach ihrer weiteren Ertragsentwicklung waren im Frühjahr 2000 positiver. Rund ein Drittel der Betriebe (33,7 Prozent) war von steigenden Erträgen ausgegangen, 2001 sind es noch 29,0 Prozent. Und auch bei den Pessimisten sind es gegenüber dem Jahr 2000 mit 20,0 Prozent nunmehr 29,1 Prozent, die von rückläufigen Erträgen sprechen.

Schwächere Gewinne

Tab. 15: Zukünftige Ertragslage im Mittelstand

■	steigend	29,0 (33,7)
	stabil	41,2 (44,5)
	sinkend	29,1 (20,0)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Es ist sicher nicht leicht, die Ertragssituation kleiner Unternehmen transparent zu machen. Auch wenn mittlerweile kleinere GmbHs zur Veröffentlichung ihrer Rechnungslegung nach den Vorgaben des Bilanzrichtliniengesetzes verpflichtet sind, bleiben viele Fragen offen. Untersuchungen zur Ertragssituation, wie sie durch die deutsche Bundesbank, die KfW oder die IKB

angestellt werden, beruhen auf Bilanzen, die im Zuge der Kreditanträge vorgelegt werden müssen. So weist eine aktuelle Analyse der Industriekreditbank unter 1.100 mittelständischen Industrieunternehmen Betriebe bis zu einer Größenordnung des Jahresumsatzes von 1,0 Mrd. DM aus. Untersuchungen im Handwerk – einem mittelständischen Sektor par Excellence – geben Umsatzrenditen zwischen zwei und fünf Prozent an.

Woher rühren die Rückgänge bei den Ertragsaussichten? Immerhin haben die moderaten Tarifabschlüsse wohl nicht beim „Kostenblock Personal“ für Auftrieb sorgen können. Auch die Lohnnebenkosten, die für den mittelständischen Unternehmer geradezu ein zweites zu zahlendes Gehalt darstellen, bleiben stabil. Teurer wird es für die Betriebe allerdings im Einkauf. Dafür stehen im Zeichen des schwachen Euro nicht nur die gestiegenen Importpreise, sondern auch die deutlichen Zuschläge bei den Energiepreisen.

Die zukünftige Ertragslage hat in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen einen Rückschlag erlitten. Von einer schlechteren Ausgangssituation kommend, beträgt der Anteil der Unternehmen, die weiterhin steigende Gewinne erwarten, in Ostdeutschland nur noch 20,2 Prozent (Vorjahr: 23,7 Prozent). In Westdeutschland waren es 2000 37,3 Prozent, die auf eine steigende Rendite setzen; 2001 sind es nur noch 32,3 Prozent. In Ostdeutschland hat die Zahl der Pessimisten um 10,6 Prozentpunkte zugenommen.

Stimmung schlechter als tatsächliche Lage

Tab. 16: Zukünftige Ertragslage (Vergleich: West / Ost)

■	West	Ost
steigend	32,3 (37,3)	20,2 (23,7)
stabil	40,7 (42,4)	42,6 (50,3)
sinkend	26,6 (18,1)	35,9 (25,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Viel versprochen hatten sich mittelständische Betriebe von der Steuerreform. Gerade für kleine Unternehmen aber gilt: Der Berg kreist und gebiert eine Maus. Vor allem die Möglichkeit, die Reformmaßnahmen im Be-

reich der Körperschaftssteuer durch legale Gewinnverlagerungen und Änderungen der Rechtsform auszunutzen, bleibt kleineren Gewerbetreibenden verschlossen. Dabei wäre es so einfach gewesen, durch die Streichung der Gewerbesteuer etwas für kleine Betriebe zu tun.

Tab. 17: Ertragserwartungen in den Hauptwirtschaftsbereichen

■	steigend	stabil	sinkend
Verarb. Gewerbe	30,4 (34,0)	41,5 (45,7)	27,8 (17,8)
Bau	15,4 (21,4)	46,1 (49,8)	37,5 (27,4)
Handel	31,3 (31,9)	40,5 (44,3)	26,9 (22,5)
Dienstleistungen	38,0 (45,5)	36,8 (38,5)	25,2 (14,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Nur der Handel hält an seinen positiven Ertragsaussichten fest. Alle anderen Wirtschaftsbereiche markieren ihre Gewinnaussichten deutlich enger.

3.4 Investitionen

Ertragsaussichten und Investitionsplanungen stehen in einem engen Zusammenhang. Zum einen setzt der Unternehmer seine Eigenkapitalrendite ins Verhältnis zur Umlaufrendite: Er fragt sich also, ob es günstiger ist, „sein Geld“ im Betrieb zu investieren oder auf dem Kapitalmarkt. Die Aussicht auf sinkende Zinsen auf der einen Seite und auf eine immer noch positive Konjunktur auf der anderen Seite würde ihn also eigentlich motivieren, sein Eigenkapital im Unternehmen zu investieren. Diese Gewinnaussichten – das Sachverständigengutachten spricht für Ende der neunziger Jahre von einer Steigerung der Bruttoumsatzrendite westdeutscher Unternehmen auf 3,5 Prozent im Durchschnitt – lässt sich allerdings im Mittelstand, wie dargestellt, wohl nicht realisieren. Die Investitionsbereitschaft der befragten Betriebe hat gegenüber dem Vorjahr deutlich gelitten.

Lohnt sich die Investition?

Tab. 18: Investitionsbereitschaft des Mittelstandes

■	Ja	Nein
2001	47,7	51,6
2000	62,5	36,8
1999	63,2	36,2
1998	59,6	39,8
1997	55,7	44,3

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

Der Anteil investitionsbereiter Betriebe ist in Deutschland von 62,5 Prozent auf 47,7 Prozent gesunken. Zum ersten Mal seit Mitte der neunziger Jahre überwiegen die Betriebe, die keine Investitionen auf der Tagesordnung haben, diejenigen, die investitionswillig sind. Daran ändern auch die Perspektiven von Zinssenkungen nichts, die nicht nur die Renditeaussichten tangieren, sondern auch direkt die Finanzierung nötiger Investitionen kostengünstiger machen.

Den negativen Saldo bei den Investitionen verursachen Bausektor und Handel. Verarbeitendes Gewerbe und Dienstleister zeigen zwar ebenfalls deutlich weniger Investitionsneigung als im Vorjahr, agieren aber mit 55,9 Prozent (Vorjahr: 67,6 Prozent) im Verarbeitenden Gewerbe beziehungsweise 53,8 Prozent (Vorjahr: 66,1 Prozent) bei den Dienstleistern immer noch zum größten Teil positiv.

Dabei steht der Bau in doppelter Hinsicht im Fokus des Investitionsgeschehens. Zum einen weist er mit Abstand die dürfstigsten Zahlen aus (34,9 Prozent; 2000: 52,8 Prozent), wenn es um den Einsatz von Investitionen geht; zum anderen ist er am stärksten vom Rückgang des bekannten Einbruchs der Bauinvestitionen betroffen. Die gewerblichen Bauinvestitionen standen im Jahr 2000 mit einer Abnahme von 1,5 Prozent im Gegensatz zu den anziehenden anderen gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten. Der Sachverständigenrat spricht davon: „Nach wie vor belastet jedoch ein Überangebot an Wirtschaftsbauten – überwiegend in den neuen Ländern – die gesamtdeutsche Entwicklung.“

Keine Bauinvestitionen

Tab. 19: Investitionsbereitschaft in den Hauptwirtschaftsbereichen

■	Ja	Nein
Verarbeitendes Gewerbe	55,9 (67,6)	43,5 (32,1)
Bau	34,9 (52,8)	64,7 (46,2)
Handel	43,9 (60,3)	55,5 (38,8)
Dienstleistungen	53,8 (66,1)	44,8 (33,1)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Ganz so negativ, wie sich die Investitionssituation bei der Frage nach der Bereitschaft zu investieren darstellt, ist die Lage wohl nicht. So wird das absolute Investitionsvolumen mit 45,2 Prozent der Unternehmen, die einen höheren finanziellen Aufwand planen, größer als im Vorjahr.

Tab. 20: Entwicklung des Investitionsvolumens im Vergleich zum Vorjahr

■	höher	45,2 (45,4)
	gleich	38,1 (35,7)
	niedriger	16,6 (16,9)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Zu dieser Aussage passt die Entscheidung für die Investitionsarten. So wird in Krisenzeiten oder konjunktureller Flaute eher in Rationalisierung und Ersatz investiert, dagegen sieht man auf der Basis von Umsatzwachstum und Kapazitätsauslastung im Zeichen des Booms eher Erweiterungsinvestitionen. Die Zahl der Betriebe, die Erweiterungsinvestitionen planen, liegt im Frühjahr 2001 bei 51,3 Prozent, 2000 betrug sie 46,2 Prozent. Zu „verrechnen“ ist dieser Wert allerdings mit den ebenfalls gestiegenen Aussagen zu den Ersatzinvestitionen. Hierfür entschieden sich im Vorjahr 49,5 Prozent der mittelständischen Betriebe, 2001 sind es 56,2 Prozent. Überdurchschnittlich engagieren sich die Wirtschaftsbereiche Dienstleistung (58,7 Prozent), Großhandel (55,2 Prozent) sowie das Verarbeitende Gewerbe (52,6 Prozent) in Erweiterungsinvestitionen. Wenig Zuversicht auch im Spiegel der Investitionsarten beim Bau: 71,5 Prozent des Baugewerbes sprechen von Ersatzinvestitionen (Erweiterungsinvestitionen: 36,8 Prozent).

Erweiterung von Kapazitäten

Tab. 21: Art der Investitionen

■	Erweiterung	51,3 (46,2)
	Rationalisierung	32,2 (30,4)
	Ersatz	56,2 (49,5)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., Mehrfachnennung möglich
() = Vorjahresangaben

■ 4 Liquidität und Finanzierung

4.1 Zahlungsverhalten der Kunden

Um genauere Daten über das Zahlungsverhalten zu erhalten, hat Creditreform erstmals in der Herbstanalyse 2000 eine Unterteilung der Zahlungseingänge in Fünf- beziehungsweise Zehntagesschritte vorgenommen. Da Zahlungsfristen keinen saisonalen Einflüssen unterliegen, werden in den folgenden beiden Tabellen die Zahlen der Herbstanalyse mit den Frühjahrszahlen von 2001 verglichen.

Zahlungen, die spätestens 30 Tage nach Rechnungserstellung erfolgen, gelten (noch) als pünktlich. So betrachtet, zahlen 64,6 Prozent aller Kunden des Mittelstandes fristgerecht. Im Herbst letzten Jahres waren es 64,8 Prozent – der Wert stagniert also nahezu. Differenziert zwischen privaten und öffentlichen Kunden ergibt sich ein unterschiedliches Bild: Pünktlich zahlten 69,7 Prozent der privaten Kunden des Mittelstandes. Im Herbst lag der Wert noch bei 68,0 Prozent. Öffentliche Kunden dagegen zahlen später ihre Rechnung: Der Wert sank von 58,6 Prozent auf 58,0 Prozent im Frühjahr 2001.

Positiv: Sowohl bei den privaten als auch bei den öffentlichen Kunden ist die Zahl der Zahlungseingänge gesunken, die mehr als 90 Tage brauchten, um ihren Empfänger zu erreichen (private Kunden: 1,1 Prozent; öffentliche Kunden: 4,1 Prozent).

Zahlungsverhalten gespalten

Tab. 22: Zahlungsfristen der Kunden des Mittelstandes

■	Kunden / Gesamt	private Kunden	öffentliche Kunden
bis 5 Tage	2,2 (2,5)	3,0 (3,1)	1,3 (1,5)
bis 10 Tage	6,1 (7,4)	6,8 (9,1)	5,2 (4,2)
bis 20 Tage	15,9 (15,7)	18,8 (18,2)	12,0 (10,9)
bis 30 Tage	40,4 (39,2)	41,1 (37,6)	39,5 (42,0)
bis 60 Tage	23,1 (23,4)	19,6 (20,1)	27,6 (29,6)
bis 90 Tage	8,1 (5,6)	6,3 (4,7)	10,4 (7,2)
über 90 Tage	2,4 (2,7)	1,1 (1,8)	4,1 (4,4)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Angaben von Herbst 2000

Richtet man den Blick auf die Zahlungseingänge bei den Hauptwirtschaftsbereichen, ergibt sich ein gespaltenes Bild: Den größten Zuwachs schlecht zahlender Kunden verzeichnet das Dienstleistungsgewerbe. Die Zahl der Schuldner, die ihre Rechnung erst nach mehr als 90 Tagen begleichen, stieg von 2,7 Prozent im Herbst auf nunmehr 3,7 Prozent an. Auf der anderen Seite verzeichnet der Dienstleistungssektor auch einen Anstieg an pünktlichen Zahlungseingängen. Waren es im Herbst noch 66,6 Prozent aller Kunden, die innerhalb von 30 Tagen überwiesen, so sind es im Frühling 2001 67,3 Prozent.

Verbesserungen bei Dienstleistern

Am schnellsten – innerhalb von fünf Tagen - erhält der Handel sein Geld, auch wenn der Anteil von 5,0 Prozent auf 4,3 Prozent fiel. Die Zahl der Kunden, die pünktlich, das heißt innerhalb von 30 Tagen zahlen, ist in den Bereichen Bau, Verarbeitendes Gewerbe und Handel gesunken.

Tab. 23: Zahlungsfristen der Kunden in den Hauptwirtschaftsbereichen

■	Verarb. Gewerbe	Bau	Handel	Dienstleistungen
bis 5 Tage	1,1 (2,0)	0,9 (2,0)	4,3 (5,0)	2,9 (1,3)
bis 10 Tage	6,6 (7,0)	7,0 (7,4)	4,3 (9,6)	6,4 (5,6)
bis 20 Tage	12,1 (13,1)	21,5 (17,1)	15,8 (15,8)	14,8 (17,3)
bis 30 Tage	41,7 (39,6)	34,1 (37,9)	42,2 (36,8)	43,2 (42,4)
bis 60 Tage	26,2 (27,7)	24,9 (22,2)	21,0 (22,4)	19,6 (20,6)
bis 90 Tage	8,8 (4,8)	8,2 (7,9)	8,4 (5,7)	6,7 (4,2)
über 90 Tage	1,8 (2,5)	2,9 (3,6)	1,4 (2,2)	3,7 (2,7)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Angaben von Herbst 2000

Statt Beschleunigung nun Verzögerung

Die Zahlen geben insgesamt keinen Hinweis darauf, dass das seit fast einem Jahr geltende Gesetz zur Beschleunigung fälliger Zahlungen die erwarteten Verbesserungen im Zahlungsverhalten gebracht hat. Insbesondere die Neufassung des Paragraphen 284 Absatz 3, BGB, der besagt, dass ein Schuldner automatisch 30 Tage nach Zustellung der Rechnung in Verzug gerät, kann nur als redaktionelles Versehen bezeichnet werden. Die frühere Regelung, nach der ein Schuldner durch eine Mahnung auch schon vor Ablauf der 30 Tage in Verzug gesetzt werden kann, gilt nicht mehr. Das angestrebte Ziel, die Position des Gläubigers zu stärken, ist ins Gegenteil gekippt, da nun dem Schuldner in jedem Fall ein einmonatiges zinsloses Darlehen gewährt wird. Wurden individuelle Zahlungsziele vereinbart, addieren sich die Fristen.

Inzwischen ist eine EU-Richtlinie in Kraft getreten, die bis zum Jahr 2002 in deutsches Recht umgesetzt werden muss. Zur Umsetzung dieser Richtlinie bedarf es also einer erneuten Änderung der Verzugsregelungen des BGB, deren Auswirkungen dann erst zu beurteilen wären. Für die Branchen, die aufgrund des schlechten Zahlungsverhaltens ihrer Kunden in Liquiditätsengpässe geraten scheint diese Regelung jedenfalls Anlass zur Hoffnung zu sein.

Folgende Aufstellung zeigt, welche Branchen am wenigsten oder am stärksten unter dem schlechten Zahlungsverhalten ihrer Kunden zu leiden haben.

Tab. 24: Zahlungsfristen privater Kunden nach Branchen

■	bis 30 Tage:	
	Einzelhandel mit Verbrauchsgütern	84,6
	Einzelhandel mit Gebrauchsgütern	84,3
	Datenverarbeitung	82,1
	Holz- und Papiergewerbe	77,7
	<i>Branchendurchschnitt</i>	69,7
	bis 90 Tage und länger:	
	Gebäudereinigung	27,6
	Leder- und Textilgewerbe	26,6
	Chemische Industrie	15,6
	Großhandel mit Konsumgütern	12,9
	<i>Branchendurchschnitt</i>	7,4

Angaben in % der Befragten

Tab. 25: Zahlungsfristen öffentlicher Kunden nach Branchen

■	bis 30 Tage:	
	Einzelhandel mit Verbrauchsgütern	72,3
	Großhandel mit Konsumgütern	72,1
	Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	70,2
	sonst. unternehmensnahe Dienstleister	68,4
	<i>Branchendurchschnitt</i>	58,0
	bis 90 Tage und länger:	
	Technische Beratung und Planung	34,5
	Gebäudereinigung	32,0
	Leder- und Textilgewerbe	27,6
	Gewinnung u. Verarbeitung v. Steinen u. Erden; Feinkeramik u. Glasgewerbe	22,1
	<i>Branchendurchschnitt</i>	14,5

Angaben in % der Befragten

Die Zahl der Forderungsausfälle hat zugenommen. Hier ist eine Steigerung der hohen Ausfälle von über einem Prozent des Umsatzes auf 25,1 Prozent (Vorjahr: 22,0 Prozent) zu verbuchen. Den stärksten Zuwachs an hohen Forderungsverlusten hat das Verarbeitende Gewerbe hinzunehmen. Die Zahl stieg um sieben Prozentpunkte von 15,6 Prozent im Frühjahr 2000 auf nunmehr 22,6 Prozent an. Rückläufige Anteile bei den hohen Forderungsausfällen verzeichnet nur das Baugewerbe. Zwar liegt die absolute Zahl noch immer an der Spitze der Hauptwirtschaftsberei-

che – sank im Jahresverlauf jedoch von 37,6 auf 35,5 Prozent .

Tab. 26: Durchschnittliche Forderungsausfälle des Mittelstandes in Prozent zum Umsatz

■	bis 0,1%	25,0 (24,4)
	bis 0,5%	21,7 (25,2)
	bis 1,0%	20,2 (21,1)
	über 1,0%	25,1 (22,0)
	keine Verluste	6,9 (6,5)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Tab. 27: Forderungsverluste in Prozent zum Umsatz in den Hauptwirtschaftsbereichen

■	Verarb. Gewerbe	Bau	Handel	Dienstleistungen
bis 0,1	29,1 (27,9)	16,5 (16,9)	28,8 (27,8)	24,2 (23,1)
bis 0,5	23,3 (26,1)	20,5 (18,0)	26,0 (37,4)	16,4 (18,9)
bis 1,0	14,9 (21,3)	22,2 (23,2)	21,2 (16,6)	23,9 (23,1)
über 1,0	22,6 (15,6)	35,5 (37,6)	17,6 (15,3)	25,9 (23,3)
keine Verluste	9,0 (7,9)	4,6 (4,3)	4,7 (2,6)	8,8 (10,2)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () Vorjahresangaben

4.2 Insolvenzen im Mittelstand – Eigenkapital und neue Rechtslage

Im Jahr 2000 sind rund 40.400 Gesamtinsolvenzen zu registrieren. Diese Zahl markiert einen neuen Höchststand. 1999 sah es noch so aus, als hätte sich das Insolvenzgeschehen beruhigt – die Zahlen stagnierten. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass das Insolvenzgeschehen in 2000 von den Privatinsolvenzen dominiert wird. Auch die Fälle der Unternehmenszusammenbrüche in Westdeutschland sind um 5,0 Prozent angestiegen. Von 19.500 Pleiten in 1999 auf 20.500 im Jahr 2000. In Ostdeutschland hingegen ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen leicht rückläufig (- 0,9 Prozent).

Konsumenten gehen pleite

Der explosionsartige Anstieg der Privatinsolvenzen – von 2.450 in 1999 auf 9.000 Fälle in 2000 – ist auf das Verbraucherinsolvenzverfahren zurückzuführen, das es seit dem 1.1.1999 auch natürlichen Personen er-

möglichst, Konkurs anzumelden, ein Insolvenzverfahren zu durchlaufen und anschließend – nach einer siebenjährigen Wohlverhaltensperiode – einen schuldenfreien neuen Start zu beginnen.

Experten hatten den „Boom“ im Verbraucherinsolvenzverfahren bereits für das Jahr 1999 prophezeit. Begründet wird das verspätete Anrollen der Pleitewelle mit der Unkenntnis vieler Betroffenen und der Überlastung der Schuldnerberatungsstellen.

Tab. 28: Insolvenzverfahren in Westdeutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen	
1991	12.922	- 2,6%	8.445	- 3,2%
1992	14.117	+ 9,2%	9.828	+ 16,4%
1993	17.537	+ 24,2%	12.821	+ 30,5%
1994	20.092	+ 14,6%	14.913	+ 16,3%
1995	21.714	+ 8,1%	16.470	+ 10,4%
1996	23.078	+ 6,3%	18.111	+ 10,0%
1997	24.212	+ 4,9%	19.348	+ 6,8%
1998	25.162	+ 3,9%	19.886	+ 2,8%
1999	25.108	- 0,2%	19.050	- 4,2%
2000 *)	31.400	+ 25,0%	20.000	+ 5,0%

*) von Creditreform geschätzt

Tab. 29: Insolvenzverfahren in Ostdeutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen	
1991	401		392	
1992	1.185	+ 195,5%	1.092	+ 178,6%
1993	2.761	+ 133,0%	2.327	+ 113,1%
1994	4.836	+ 75,2%	3.911	+ 68,1%
1995	7.071	+ 46,2%	5.874	+ 50,2%
1996	8.393	+ 18,7%	7.419	+ 26,3%
1997	9.186	+ 9,4%	8.126	+ 9,5%
1998	8.815	- 4,0%	7.942	- 2,2%
1999	8.756	- 0,7%	7.570	- 4,7%
2000 *)	9.000	+ 2,7%	7.500	- 0,9%

*) von Creditreform geschätzt

Kostenlawine

Die breite Kritik, die die neue Insolvenzordnung erfahren hat, hat zur Einsetzung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe geführt, deren Ziel es ist, das Gesetz erneut zu überarbeiten. Gemündet haben die Bestrebungen in der Vorlage einer „Reform der Reform“, die noch in diesem Jahr durchgesetzt werden soll. Eine große Hürde ist die geplante Stundungsregelung der Verfahrenskosten für mittellose Schuldner. Die Länder befürchten dadurch eine Mehrbelastung ihrer Haushalte in Höhe von 75 Millionen DM.

Bei aller Kritik am neuen Insolvenzrecht bleibt festzuhalten, dass die mangels Masse abgelehnten Verfahren seit 1999 deutlich rückläufig sind. Für Westdeutschland sank die Zahl von 72,1 Prozent in 1998 auf 46,0 Prozent in diesem Jahr. In Ostdeutschland ist immerhin noch ein Rückgang von 20 Prozentpunkten im Zweijahresvergleich festzustellen.

Tab. 30: Insolvenzverfahren in Westdeutschland

■	Insolvenzverfahren	Mangels Masse abgelehnt	
		absolut	in Prozent
1950	4.497	1.211	26,9
1960	2.689	947	35,2
1970	3.943	1.862	47,2
1980	9.059	6.639	73,3
1990	13.271	10.029	75,6
1991	12.922	9.667	74,8
1992	14.117	10.403	73,7
1993	17.537	12.853	73,3
1994	20.092	14.997	74,6
1995	21.714	16.072	74,0
1996	23.078	17.010	73,7
1997	24.212	17.982	74,3
1998	25.162	18.134	72,1
1999	25.108	14.476	57,7
2000 *)	31.400	14.434	46,0

*) von Creditreform geschätzt

Tab. 31: Insolvenzverfahren in Ostdeutschland

■	Insolvenz- verfahren	Mangels Masse abgelehnt	
		Absolut	In Prozent
1991	401	73	18,2
1992	1.185	516	43,5
1993	2.761	1.548	56,1
1994	4.836	3.057	63,2
1995	7.071	4.663	65,9
1996	8.393	5.836	69,5
1997	9.186	6.547	71,3
1998	8.815	6.850	77,7
1999	8.756	5.703	65,1
2000 *)	9.000	5.186	57,6

*) von Creditreform geschätzt

Im Januar 2001 hat der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht sein zweites Konsultationspapier vorgelegt. Um die Stabilität des Bankensystems sicherzustellen, soll jedes Kreditinstitut bei der Vergabe von Krediten einen bestimmten Prozentsatz der risikogewichteten Ausleihungen mit Eigenkapital unterlegen. Wie hoch dieser Eigenkapitalanteil der Banken ist, hängt von der Bonitätsbewertung des jeweiligen kreditsuchenden Unternehmens ab. Je besser die Bonität eines Unternehmens ist, desto weniger Eigenkapital muss die Bank hinterlegen. Diese Bonitätsbewertung wird in Zukunft vermutlich über die Konditionen eines Kredites entscheiden: Je mehr Eigenkapital die Banken bereit stellen müssen, desto teurer werden die Kredite werden.

Eigenkapital der Banken ...

Um Kredite zu günstigen Konditionen zu erhalten, wird es künftig für mittelständische Unternehmen entscheidend, eine gute Bonitätsbewertung zu erhalten.

Tab. 32: Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes im Verhältnis zur Bilanzsumme

■	bis 10%	39,4 (36,4)
	bis 20%	27,2 (25,7)
	bis 30%	14,8 (14,2)
	über 30%	14,6 (18,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

... und der Kreditnehmer

Ein wichtiger Faktor zur Beurteilung der Bonität eines Unternehmens ist die Eigenkapitalquote. Diese Quote ist im Mittelstand im Jahresverlauf gesunken. Die Zahl der „unterkapitalisierten“ Betriebe mit einer Eigenkapitalausstattung von unter 10 Prozent der Bilanzsumme stieg von 36,4 Prozent im letzten Jahr auf nunmehr 39,4 Prozent an. Abgenommen hat entsprechend der Anteil der Unternehmen, die über eine vergleichsweise „dicke“ Eigenkapitaldecke von über 30 Prozent verfügen: 2000 waren dies noch 18,3 Prozent aller Befragten. Im Jahr 2001 sank die Zahl auf 14,6 Prozent.

Tab. 33: Eigenkapitalquoten in den Hauptwirtschaftsbereichen

■	bis 10%	bis 20%	bis 30%	Über 30%
Verarb. Gew.	32,2 (31,8)	30,6 (28,0)	16,5 (11,2)	16,2 (24,0)
Bau	44,3 (46,1)	24,7 (24,8)	15,0 (12,0)	13,4 (11,4)
Handel	41,6 (35,7)	26,8 (25,7)	12,0 (17,1)	15,6 (17,6)
Dienstleist.	41,3 (34,9)	25,7 (23,5)	15,4 (17,2)	12,6 (17,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Finanzierung schwieriger

Ein Blick auf die Eigenkapitalquoten in den Hauptwirtschaftsbereichen lässt erkennen, dass es in allen Bereichen mit Ausnahme der Baubranche Verschlechterungen gegeben hat. Besonders der Dienstleistungssektor hat einen Zuwachs der unterkapitalisierten Betriebe zu verzeichnen: plus 6,4 Prozentpunkte im Jahresverlauf. Die meisten kapitalstarken Betriebe finden sich trotz eines Rückgangs von fast acht Prozentpunkten im Verarbeitenden Gewerbe.

Trauriger Spitzenreiter bei den Betrieben mit wenig Eigenkapital ist die technische Beratung und Planung. Mehr als die Hälfte aller Betriebe haben hier eine Eigenkapitaldecke von unter 10 Prozent.

Tab. 34: Geringe Eigenkapitalausstattung nach Branchen

■	Eigenkapital unter 10%	
	Technische Beratung und Planung	50,8
	sonstige konsumnahe Dienstleister	45,8
	Gewinnung u. Verarbeit. v. Steinen u. Erden; Feinkeramik u. Glasgewerbe	45,4
	Großhandel mit Investitionsgütern	44,9
	Branchendurchschnitt	39,4

Angaben in % der Befragten

■ 5 Wirtschaftspolitisches Umfeld

5.1 Euroumstellung

In gut acht Monaten – am 1. Januar 2002 - wird die europäische Währungsunion mit der Einführung des Euro-Bargeldes Realität. Dabei kommt besonders auf Banken und Unternehmen, insbesondere auf den Einzelhandel, eine logistische Sisyphos-Arbeit zu - schließlich gilt es, rund 15 Mrd. Banknoten und 50 Mrd. Münzen fristgerecht zu verteilen. Alleine in Deutschland wird Bargeld im Wert von 800 Mrd. DM bewegt.

Nur 47,1 Prozent der Befragten geben an, mit der Umstellung des Zahlungsverkehrs begonnen zu haben. Besonders schlecht scheint sich das Baugewerbe auf die Umstellung vorzubereiten – nicht einmal jeder dritte Bauunternehmer hat schon den Zahlungsverkehr umgestellt. Der Großteil der Unternehmen (87,7 Prozent), die den Zahlungsverkehr geändert haben, führen das Rechnungswesen doppelt – in DM und Euro. Ausschließlich in Euro versenden fast 11 Prozent der mittelständischen Unternehmer Ihre Rechnung.

Das Wirtschaftsministerium und Wirtschaftsverbände weisen mit großangelegten Aktionen auf die Dringlichkeit der Euroumstellung hin. Dass akuter Handlungsbedarf besteht, belegt folgende Zahl: nur 55,7 Prozent derjenigen Unternehmer, die Ihr Rechnungswesen noch immer nur in DM führen, haben konkrete Pläne zur Umstellung des Zahlungsverkehr. Während im Handel die Zahl der „Planer“ bei 62,4 Prozent liegt, sind es im Bau nur 45 Prozent.

Wie weit ist die Euroumstellung?

Die Preisgestaltung ist ein wichtiger Bestandteil des Rechnungswesens. So haben schon einige Einzelhändler begonnen, die Preise auf Euro-Basis umzustellen – „krumme“ DM-Preise sind also das erste Anzeichen für den Währungswechsel. Ein Fünftel der kleinen und mittelständischen Unternehmer hat sich in diesem Zusammenhang noch nicht mit der zukünftigen Preisgestaltung auseinandergesetzt. Demgegenüber stehen 63,1 Prozent des Mittelstandes, welche die Preise bei der Umstellung kaufmännisch runden werden. Lockpreise wie DM 1,99 wird es wohl auch nach dem 1. Januar 2002 geben. Preiserhöhungen im Rahmen der europäischen Währungsunion avisieren 12,6 Prozent. Hintergrund scheinen hier die zu erwartenden Kosten für die Einführung der neuen Währung zu sein, die auf die Kunden abgewälzt werden.

Tab. 35: Pläne für eine Preisgestaltung in Euro (Deutschland)

■	ja, Preise werden kaufmännisch gerundet	63,1
	ja, Preise werden allgemein erhöht	12,6
	ja, Preise werden allgemein gesenkt	1,1
	nein	21,9

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

Neues Geld nicht umsonst

Für Diskussionsstoff zwischen Wirtschaftsverbänden und der Bundesregierung sorgen immer wieder die zu erwartenden Kosten bei der Euro-Einführung. So ergab eine Umfrage der Welt am Sonntag einen Kostenaufwand von insgesamt 40 Mrd. DM. Neben der Industrie, die mit 12,5 Mrd. DM an den Umstellungskosten, insbesondere für die EDV, beteiligt ist, kommen alleine auf den Einzelhandel Mehrkosten im Gesamtvolumen von rund 10 Mrd. DM zu. Schließlich muss der Einzelhandel bis zum 28. Februar 2002 weiterhin DM annehmen und wird so zur zusätzlichen Wechselstube. Der Großhandel wird nach dieser Umfrage mit einer Mehrbelastung von fast 2 Mrd. DM konfrontiert. Wie sieht es nun im einzelnen bei den kleinen und mittelständischen Unternehmen mit den Kosten für die Euroumstellung aus?

Jeder zweite Mittelständler kalkuliert mit zusätzlichen Kosten bis zu DM 5.000. Weitere 24,4 Prozent rechnen mit einem finanziellen Aufwand von maximal DM

10.000. Belastungen bis DM 20.000 erwarten dann noch 15,7 Prozent der befragten Unternehmer.

Tab. 36: Kosten der Euroumstellung (Deutschland)

■	bis DM 5.000	48,4
	bis DM 10.000	24,4
	bis DM 20.000	15,7
	bis DM 50.000	6,4
	über DM 50.000	1,8

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

Neben den absoluten Zahlen ist auch das Verhältnis der Kosten im Vergleich zum Umsatz recht aufschlussreich. Das Institut für Mittelstandforschung in Bonn errechnete eine Durchschnittsbelastung für alle Unternehmen von DM 7.700. „Während große Unternehmen durchschnittlich mit einer Kostenbelastung von 0,04 % des Jahresumsatz rechnen müssen, betragen die entsprechenden Kosten für ein kleines Unternehmen etwa 2 % des Jahresumsatz. Auf die gesamte mittelständische Wirtschaft entfallen 94 % der gesamten Umstellungskosten.“

Auf die finanzwirtschaftliche Dimension der europäischen Einheitswährung ist schon hinreichend eingegangen worden. Darüber hinaus stellt sich noch die Frage nach den Folgen für die Wirtschaft, insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen. Fast ein Drittel der Befragten – 30,4 Prozent – erwartet keine Auswirkungen durch die Eurowährung. Während im Dienstleistungssektor 39,8 Prozent der Unternehmer dem neuen Bargeld gelassen entgegen sehen, sind es im Verarbeitenden Gewerbe mit 21,3 Prozent deutlich weniger. Das Hauptproblem der einheitlichen Währung liegt nach Aussage der Befragten in einer verschärften Konkurrenz durch ausländische Anbieter. Kunden können leichter Preise verschiedener Anbieter über die Landesgrenzen miteinander vergleichen. Die Sorge über eine verschärfte Konkurrenz äußerten 31,2 Prozent der Unternehmer - besonders hoch ist der Anteil im Baugewerbe. Fast jeder Zweite fürchtet den Kampf mit ausländischen Wettbewerbern. Angesichts der schwierigen Baukonjunktur eine verständliche Sorge.

Konkurrenz zieht ein

Tab. 37: Folgen der Euroeinführung (Deutschland)

■	Verschärfung der Konkurrenz durch ausländische Anbieter	31,2
	Ausdehnung der eigenen Geschäfte ins Ausland	11,1
	ausländische Geschäftsbeziehungen werden durch einheitliches Rechnungswesen vereinfacht	20,8
	Organisationsstruktur wird geprüft und ggf. geändert	5,3
	keine Folgen	30,4

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

Bürokratie wird geringer

Positiv bewertet der Mittelstand die Vereinfachung der Geschäftsbeziehungen ins Ausland durch ein einheitliches Rechnungswesen. Den Wegfall von Kurschwankungen und Umtauschgebühren begrüßen 20,8 Prozent der befragten Betriebe. Im Großhandel liegt der Anteil mit 30,3 Prozent deutlich höher, was auf die stärkere Exportorientierung zurückzuführen ist. Mit der Einheitswährung bietet sich nun auch für kleine und mittelständische Unternehmen die Möglichkeit, ihre Geschäfte in die an der Währungsunion beteiligten Staaten auszudehnen, ohne dabei ein erhöhtes Devisenrisiko einzugehen. Zum jetzigen Zeitpunkt planen aber nur 11,1 Prozent der mittelständischen Unternehmer die Ausweitung Ihrer Geschäftsfelder in andere Länder.

Ein weiterer positiver Aspekt der Euroumstellung liegt nach Mitteilung des IfM Bonn in der Möglichkeit, dass Unternehmen die Betriebsstrukturen sowie die Firmenprozesse einer eingehenden Überprüfung zu unterziehen und gegebenenfalls Korrekturen vorzunehmen. Nur 5,3 Prozent der Mittelständler wollen diese Chance auch nutzen und gegebenenfalls die Organisationsstruktur des Unternehmens verbessern. Anscheinend sind die meisten mittelständischen Betriebe mit der jetzigen Struktur zufrieden oder es besteht entgegen den Angaben des IfM kein akuter Handlungsbedarf.

Auch wenn nur noch acht Monate bis zum Abschied der Mark vergehen, wartet auf kleine und mittelständische Unternehmen sicherlich noch viel Arbeit, damit

die Einführung des Euro-Bargeldes reibungslos über die europäische Bühne geht.

5.2 Reform des Betriebsverfassungsgesetzes

Die Liste der Streitpunkte zwischen Regierung, Opposition, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände ist lang. Mit der Vorlage des Gesetzentwurfes über die Reform der Betriebsverfassung kam im Februar ein weiterer Punkt hinzu, über die zwischen den Lagern Uneinigkeit herrscht. Mit dem Gesetzentwurf reagiert die Regierung nach eigener Aussage auf die gewandelte „soziale Wirklichkeit“ durch die veränderte Unternehmenslandschaft. Der Anteil der Arbeitnehmer, die von einem Betriebsrat vertreten werden, ist mittlerweile auf 40 Prozent gesunken – vor 15 Jahren waren es noch 50 Prozent. Gerade in den Branchen der New Economy haben Betriebsräte Seltenheitswert - in den Nemax-50-Unternehmen besitzen nur elf Firmen einen Betriebsrat.

Neue Wirklichkeit – mehr Mitbestimmung

Der Gesetzesentwurf, der noch in diesem Sommer im Bundestag verabschiedet werden soll sieht unter anderem folgende Änderungen des seit 1972 bestehenden Gesetzes vor, die in ihrem Schwerpunkt den Mittelstand betreffen werden:

- Vereinfachtes Wahlverfahren
In Betrieben mit 5 bis 50 Beschäftigten wird der Betriebsrat in zwei Wahlversammlungen gewählt. Auf der ersten Versammlung wird der Wahlvorstand gewählt sowie Vorschläge für die eigentliche Wahl eingereicht. Eine Woche später wird bei der zweiten Versammlung der Betriebsrat in geheimer und unmittelbarer Wahl nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl bestimmt. Die bestehende Trennung zwischen Angestellten und Arbeitern wird aufgehoben. Darüber hinaus werden Leih- und Telearbeiter mitberücksichtigt.
- Zusätzliche Freistellungen
Als Reaktion auf die sinkenden Betriebsgrößen werden die Betriebsgrößen die Freistellung von Betriebsräten gesenkt. Schon ab 200 Mitarbeitern

- besteht in Zukunft das Recht auf Freistellung – die alte Grenze lag bei 300 Mitarbeitern.
- Größere Betriebsräte
Die Grenzen für die Betriebsratgrößen sollen ebenfalls verändert werden. In Zukunft besteht der Betriebsrat in Unternehmen mit 101 bis 150 Beschäftigten aus sieben, statt fünf Mitgliedern.
- Erweiterte Zuständigkeiten
Die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte werden auf Bereiche wie Qualifikationsentscheidungen, Umweltschutz, Beschäftigungssicherung und Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit ausgedehnt.

Wen trifft was?

Die Vorstellung der Gesetzesnovelle wurde von vielen kritischen Stimmen begleitet. Fast zwei Drittel (66,1 Prozent) dieser Gruppe geht das vereinfachte Wahlverfahren an. Die Vergrößerung des Betriebsrates durch die neuen Schwellenwerte wird 22,2 Prozent betreffen. Alleine in NRW werden zu den 60.000 Betriebsräten weitere 20.000 hinzukommen.

Tab. 38: Änderungen des neuen Betriebsverfassungsgesetz, die den einzelnen Betrieb betreffen (Deutschland)

■	vereinfachtes Wahlverfahren für kleine Unternehmen	66,1
	Vergrößerung des Betriebsrates durch neue Schwellenwerte	22,2
	Freistellung des Betriebsrates	7,8

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

Mittelständler lehnen Reform ab

Nach Berechnungen des Institutes der deutschen Wirtschaft werden die Neuregelungen die Unternehmen mit 2,7 Mrd. DM zusätzlich belasten, was sich in größeren Unternehmen auf 1.100 DM pro Mitarbeiter herunterrechnen lässt. Die hohe finanzielle Belastung steht bei den Folgen nicht im Vordergrund der hier befragten Mittelständler. Nur 32,8 Prozent der Befragten erwarten diese Belastung durch das neue Betriebsverfassungsgesetz. Viel mehr fürchtet der Mittelstand eine Verzögerung von Entscheidungen durch mehr Bürokratie – fast 60 Prozent der Befragten sprechen dieses Problem an: Im Zeichen von e-Business und wachsender Globalisierung entscheidet im harten Wettbewerb oft die Zeit über den Abschluss eines Geschäftes. Einen Machtzuwachs der Gewerkschaften

erwarten 46,6 Prozent der kleinen und mittleren Betriebe. Die Abschreckung ausländischer Investoren befürchten 39,6 Prozent der Unternehmer. Schließlich existieren in keinem anderen Land wie Deutschland so viele Regeln zur betrieblichen Mitbestimmung. Positive Folgen, wie sie von den Arbeitnehmerverbänden in der laufenden Diskussion ins Feld geführt werden, finden dagegen kaum Anklang. Nur 4,2 Prozent der Befragten glauben, dass die Motivation der Mitarbeiter aufgrund der stärkeren Mitbestimmungsmöglichkeiten steigen wird.

Tab. 39: Folgen des neuen Betriebsverfassungsgesetzes (Deutschland)

■	Positiv:	
	schnellere Installation eines Betriebsrates	25,2
	höhere Mitarbeitermotivation	4,2
	niedrigere Transaktionskosten (Vertrags-, Informations- und Kontrollkosten)	1,3
	Negativ:	
	hohe finanzielle Belastung	32,8
	Verzögerung von wichtigen Entscheidungen durch mehr Bürokratie	59,3
	Machtzuwachs der Gewerkschaften	46,4
	Abschreckung ausländischer Investoren	39,6

Angaben in % der Befragten, Mehrfachnennung möglich

Im Zuge der Diskussion wird auch über die Zukunft der betrieblichen Mitbestimmung gesprochen. Während Arbeitgeberverbände die grundsätzliche Abschaffung des Betriebsverfassungsgesetzes fordern, stellen Arbeitnehmerverbände weitere Forderungen, welche die betriebliche Mitbestimmung aus ihrer Sicht noch weiter verbessert werden kann. Fast ein Viertel der befragten Unternehmen - 23,4 Prozent - plädiert für die Rücknahme des neuen Gesetzes und die Beibehaltung der alten Regeln. Für eine flexiblere Regelung spricht sich eine Mehrheit des Mittelstandes aus – 56,2 Prozent wünschen sich die Möglichkeit, individuelle Modelle realisieren zu können, statt per Gesetz die Mitbestimmung verordnet zu bekommen.

Flexibilität auch bei der Mitbestimmung

Tab. 40: Vorschläge für eine zukünftige Mitbestimmung

■	Zurücknahme der neuen Regeln	23,4
	flexiblere Regelungen für individuelle Modelle	56,2
	Straffung der bestehenden Regeln	7,8

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

Noch sind die Vorschläge nicht vom Bundestag verabschiedet worden – die Zustimmung des Bundesrates ist hier nicht erforderlich. Ob nun Gegner oder Befürworter mit ihrer Kritik richtig lagen, werden auch hier erst Erfahrungen in den kommenden Jahren zeigen.

■ 6 Zusammenfassung

Nach den positiven Aussagen des Mittelstandes zur Konjunktur im Frühjahr 2000 zeigen die aktuellen Werte wieder nach unten. So gingen die guten Noten bei der Bewertung der Auftragslage um 3 Prozentpunkte auf 35 Prozent zurück. Gleichzeitig verteilten mehr Unternehmer schlechte Noten (2001: 16,7 Prozent; 2000: 12,4 Prozent). Die gedämpfte Stimmung betrifft Ost- und Westdeutschland gleichermaßen – bleibt aber auf einem unterschiedlichen Niveau. So erteilten im Westen noch 39 Prozent der Betriebe ihrer Ordersituation gute und sehr gute Noten (2000: 41,4 Prozent), im Osten sind es 24,5 Prozent (28,9 Prozent). Mangelhaft und ungenügend nennen in den westlichen Landesteilen 11,5 Prozent die Auftragslage (2000: 7,8 Prozent), in den östlichen Landesteilen 30,5 Prozent (Vorjahr 24,8 Prozent). Während im Großhandel und Verarbeitenden Gewerbe mehr gute Noten als im Frühjahr 2000 verteilt wurden – die positive Stimmung lässt sich sicherlich auf die gute Exportsituation zurückführen – verzeichnet neben dem Baugewerbe auch der Dienstleistungssektor einen deutlichen Rückgang positiver Aussagen (Bau: minus 12,7 Prozentpunkte; Dienstleistung: minus 10,4 Prozentpunkte).

Im Zuge der Preissteigerungen bei den Erzeuger- und Energiepreisen haben mittelständische Unternehmen im vergangenen Jahr verstärkt ihre Angebotspreise angehoben. Höhere Preise verlangten 18,7 Prozent der 5.000 befragten Betriebe – im Vorjahr hatten 16,7

Prozent die Preisspirale nach oben bewegt. Einen erkennbaren Effekt auf die Umsätze haben die Angebotspreise nicht hinterlassen. Gestiegene Umsätze konnten 27,2 Prozent der Unternehmer verbuchen – binnen Jahresfrist ein minimaler Rückgang um 0,4 Prozentpunkte. Deutlich zugenommen hat dagegen der Anteil mittelständischer Firmen mit Umsatzeinbußen – von 29,7 Prozent im Vorjahr stieg er auf 35,7 Prozent im Frühjahr 2001. Ein positives Signal setzt hier Ostdeutschland: Steigende Umsätze verzeichnen 19,4 Prozent im Mittelstand (2000: 14,8 Prozent). In Westdeutschland ist dieser Anteil auf 30,1 Prozent zurückgegangen (Vorjahr: 32,3 Prozent).

Die guten Konjunkturprognosen des Vorjahres werden in kleinen Schritten nach unten korrigiert. Diesem Trend schließt sich nun auch der Mittelstand in Deutschland an. So rechnen in den kommenden Monaten 38,4 Prozent der Befragten mit steigenden Umsätzen – im Frühjahr 2000 hofften noch 45 Prozent auf ein Umsatzwachstum. Gleichzeitig ist die Fraktion der Umsatzpessimisten auf 21,7 Prozent angewachsen (2000: 13,1 Prozent). Die Veränderungen betreffen alle Wirtschaftsbereiche – auch im Dienstleistungssektor sank die Zahl der Optimisten auf 44,1 Prozent (Vorjahr 51 Prozent). Allerdings ergibt sich für den Bau ein negativer Saldo von 7,4 Prozent zwischen positiven und negativen Erwartungen.

Wie wird sich die „Jobmaschine“ Mittelstand in den nächsten Monaten entwickeln? Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Firmen, die ihren Personalbestand vergrößern wollen, von 20,5 Prozent auf 18,1 Prozent zurückgegangen. Damit planen auch wieder mehr mittelständische Unternehmen, Arbeitsplätze zu streichen (2001: 15,2 Prozent; 2000: 11,7 Prozent). Unter dem Strich bleibt es aber noch bei einem leicht positiven Saldo. Den stärksten Drang zur Schaffung neuer Arbeitsplätze entwickelt der Dienstleistungsbereich – jeder vierte Betrieb plant in den kommenden Monaten Personaleinstellungen. Demgegenüber avisieren hier nur 11,9 Prozent die Freisetzung von Arbeitskräften (Vorjahr: 5,8 Prozent). Wenig Veränderungen verzeichnet der Handel.

Bei den Ertragsaussichten ist der Rückgang der Unternehmen mit steigenden Gewinnerwartungen nicht so deutlich wie bei den Umsatzerwartungen. So hoffen noch 29 Prozent der Befragten auf höhere Erträge – im Frühjahr 2000 waren es noch 33,7 Prozent. Um 9,1 Prozentpunkte ist dagegen die Zahl der „Gewinnpessimisten“ auf aktuell 29,1 Prozent gestiegen. Die Aussicht auf die künftige Ertragslage hat sowohl in den alten wie in den neuen Bundesländern eine negative Entwicklung genommen. In Westdeutschland rechnen 32,3 Prozent der befragten Betriebe mit höheren Erträgen (2000:37,3), in Ostdeutschland sind es 20,2 Prozent (23,7 Prozent).

Stark zurückgegangen ist die Gruppe investitionsbereiter Unternehmen. Zum ersten Mal seit Mitte der Neunziger ist der Anteil der investitionsunwilligen Unternehmen größer als die Zahl der investitionsbereiten Betriebe. Planten im Vorjahr noch 62,5 Prozent Investitionen, so liegt der Anteil aktuell bei 47,7 Prozent. Im gleichen Zeitraum wuchs die Gruppe der Betriebe, die keine Investitionen tätigen wollen, auf 51,6 Prozent (2000: 36,8 Prozent). Im Vordergrund stehen bei den investitionsbereiten Unternehmen Ersatzinvestitionen (56,2 Prozent), gefolgt von Erweiterungsinvestitionen (51,3 Prozent). Am Ende der Liste stehen Rationalisierungsmaßnahmen mit 32,2 Prozent.

Das seit einem Jahr gültige Gesetz zum Zahlungsverzug hat sich in der Realität als zahnlöser Tiger erwiesen. Fast 90 Prozent der Befragten konnten keine Änderungen beim Zahlungsverhalten ihrer Kunden feststellen. Die Bewertung des Zahlungsverhaltens schwankt zwischen den einzelnen Hauptwirtschaftsbereichen. So verteilten im Bau- und Dienstleistungsgewerbe binnen Jahresfrist mehr Betriebe gute Noten (Bau: plus 3,3 Prozentpunkte; Dienstleistung: plus 2,6 Prozentpunkte). Demgegenüber geben Verarbeitendes Gewerbe und Handel weniger gute Beurteilungen (Handel: 3,4 Prozentpunkte; Verarbeitendes Gewerbe: 2,6 Prozentpunkte).

Die Eigenkapitalsituation im Mittelstand hat sich verschlechtert. Der Anteil der Unternehmen mit einer Ei-

genkapitalquote unter 10 Prozent ist um 3 Prozentpunkte auf 39,4 Prozent gestiegen. Über eine hohe Eigenkapitalunterlegung über 30 Prozent verfügen nur noch 14,6 Prozent (2000: 18,3 Prozent). Gerade im Hinblick auf die Diskussionen über die neuen Regeln zu Eigenkapitalunterlegung der Banken bei der Kreditvergabe – kurz Basel II – kommt der Unternehmensfinanzierung der Kreditnehmer eine besondere Rolle zu. Nur wer in internen oder externen Ratings eine gute Bonität zeigt, erhält günstige Finanzierungen. Die Bonität des Kreditnehmers aber wird stark von der Eigenkapitalquote abhängen.

Im vergangenen Jahr wurde mit 40.400 Fällen ein neuer Höchststand bei den Insolvenzen erreicht. Geprägt ist diese Entwicklung von dem starken Anstieg im Bereich der Privatinsolvenzen (2000: 9.000, 1999: 2.450). Die Unternehmensinsolvenzen haben in Westdeutschland um 5 Prozent auf 20.000 Fälle zugenommen. In Ostdeutschland ist die Situation leicht rückläufig – um 0,9 Prozent sank die Zahl der Firmenzusammenbrüche auf 7.500.

Der deutsche Mittelstand ist acht Monate vor Einführung des Euro-Bargeldes noch nicht fit für die neue Währung. Nicht einmal jedes zweite Unternehmen hat mit der Umstellung des Zahlungsverkehrs begonnen. Von dieser Gruppe führen 11 Prozent das Rechnungswesen ausschließlich in Euro, 87,7 Prozent rechnen in DM und Euro parallel ab. Die Kosten für die Einführung der Euromünzen und –scheine ist ein Streitpunkt zwischen Verbänden und Politikern. Zusatzkosten bis 5.000 DM erwarten 48,4 Prozent der mittelständischen Betriebe, 24,4 Prozent rechnen mit Kosten in Höhe von maximal 10.000 DM.

Im Zuge der Bargeld-Einführung fürchten 31,2 Prozent, dass durch ausländische Anbieter der Konkurrenzdruck verschärft wird. Die Vereinfachung ausländischer Geschäftsbeziehungen durch ein einheitliches Rechnungswesen über die Landesgrenzen hinweg bewerten 20,8 Prozent positiv. Die Ausdehnung eigener Geschäfte planen 11,1 Prozent der befragten Unternehmer. Fast ein Drittel des Mittelstandes ist über-

zeugt, dass die Euroumstellung keine Auswirkungen auf ihr Unternehmen hat.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zu einer Reform der Betriebsverfassung stößt im deutschen Mittelstand auf Ablehnung. Im Zuge der geplanten Änderungen erwarten fast 60 Prozent, dass wichtige Entscheidungen durch mehr Bürokratie in den Betrieben hinausgezögert werden. Zusätzliche finanzielle Kosten durch eine größere Anzahl freigestellter Betriebsräte oder einen neu gewählten Betriebsrat sehen 32,8 Prozent als Folge der neuen betrieblichen Mitbestimmung. Positive Auswirkungen, wie höhere Mitarbeitermotivation, sehen dagegen nur wenige Befragte.

Für die Zukunft der betrieblichen Mitbestimmung setzt der Mittelstand auf flexiblere Regeln, die individuell auf die Unternehmen und deren jeweilige Situation abgestimmt werden (56,2 Prozent). Fast ein Viertel der mittelständischen Unternehmen hofft, dass die Vorschläge nicht in die Realität umgesetzt werden.

■ 7 Basis der Untersuchung

7.1 Begriffsbestimmung

Die vorliegende Untersuchung schließt sich der überwiegenden wissenschaftlichen Lehre an, die eine Definition des Mittelstandes auf die Mitarbeiterzahl abstellt (nicht mehr als 500 Beschäftigte) und eine Umsatzgröße von nicht mehr als 100 Mio. DM zulässt. Entscheidend für die Definition kleiner und mittlerer Unternehmen ist darüber hinaus die „Personaleinheit“ von Geschäftsführer und Inhaber. Bei der Selektion der für diese Umfrage repräsentativen Unternehmen wurde auf dieses Merkmal geachtet. Weiterhin wurde darauf geachtet, dass keine Tochterunternehmen von Großunternehmen erscheinen.

7.2 Untersuchungsbreite

Tab. 41: Anzahl der befragten Unternehmen

■	Verarbeitendes Gewerbe	1.486
	Bau	1.146
	Handel	1.235
	Dienstleistungen	1.185
	Gesamt	5.052

Folgende Branchen haben sich an der Umfrage beteiligt:

Verarbeitendes Gewerbe

- Chemische Industrie (einschl. Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung)
- Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe
- Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung sowie Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau
- Elektrotechn., Feinmech./Optik, Herstell. von EBM-Waren, Musikinstr., Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren
- Holz-, Papier- und Druckgewerbe
- Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe
- Nahrungs- und Genussmittelgewerbe

Baugewerbe

- Bauhauptgewerbe
- Ausbau- und Bauhilfsgewerbe

Großhandel

- Investitionsgüter
- Konsumgüter

Einzelhandel

- Gebrauchsgüter
- Verbrauchsgüter

Dienstleistungen

- Spedition, Lagerei
- Gebäudereinigung
- Abfall- und Abwasserbeseitigung

- Technische Beratung und Planung
- Datenverarbeitung
- sonstige unternehmensnahe Dienstleister
- sonstige konsumnahe Dienstleister

7.3 Struktur der Unternehmen nach Rechtsform

Die 5.052 befragten Unternehmen in Deutschland bevorzugen folgende Rechtsform:

Tab. 42: Rechtsformen der befragten Unternehmen

■	Einzelkaufmann	0,6
	OHG	0,2
	KG	0,2
	GmbH & Co. KG	1,2
	GmbH	96,8
	AG	0,3
	Sonstige	0,2

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

7.4 Sitz des Unternehmens

Tab. 43: Sitz des Unternehmens

■	Schleswig-Holstein	3,0
	Hamburg	1,9
	Niedersachsen	7,6
	Bremen	1,0
	Nordrhein-Westfalen	19,1
	Hessen	8,1
	Rheinland-Pfalz	5,4
	Baden-Württemberg	12,0
	Bayern	10,7
	Saarland	1,3
	Berlin (West)	2,7
	Mecklenburg-Vorpommern	3,0
	Sachsen-Anhalt	4,6
	Brandenburg	4,9
	Thüringen	6,2
	Sachsen	7,2
	Berlin (Ost)	1,2

Angaben in % der Befragten

7.5 Betriebsgrößenordnung

Tab. 44: Anzahl der Beschäftigten

■	1 – 5 Personen	16,4
	6 – 10 Personen	21,7
	11 – 20 Personen	23,0
	21 – 50 Personen	22,5
	51 – 100 Personen	10,3
	101 – 200 Personen	4,9
	201 – 500 Personen	0,7

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung
Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171
Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Alle Rechte vorbehalten

© 2001, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e. V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Neuss, 25. April 2001